

SPD

Pressemitteilungen und Informationen

BONN ● ERICH-OLLENHAUER-HAUS ● OLLENHAUERSTRASSE 1 ● TEL. 53 22 99 ● FS: 088 6306

DATUM: NR:

Mitteilung für die Presse

418/75 31.8.75
qui/rp

Der SPD-Vorsitzende Willy BRANDT führte am Sonntag in Bonn vor einem Kreis in- und ausländischer Parteifreunde u.a. folgendes aus :

Wir haben uns vom ersten Augenblick an mit der Befreiung des portugiesischen Volkes von der faschistischen Unterdrückung solidarisiert. Es musste auch von Anfang an damit gerechnet werden, dass der Weg zur Demokratie kein geradliniger Prozess sein würde. Portugal trägt schwer an seiner Geschichte. Da die Befreiung in Portugal von Teilen der Armee erkämpft wurde, war es eine Selbstverständlichkeit, dass sie bei der Suche nach einer neuen politischen Ordnung eine wichtige Rolle spielen würde.

Seither ist mehr als ein Jahr vergangen, und das portugiesische Volk hat in den ersten freien Wahlen seit fast 50 Jahren seinen Willen bekundet. Es hat sich massiv für diejenigen ausgesprochen, die für einen demokratischen und parlamentarischen Staat eintreten und für einen Sozialismus, der durch menschliche Freiheit und Würde geprägt ist: allen voran die Sozialistische Partei, die 38 % der Stimmen erhielt.

Wir müssen jedoch feststellen, dass entgegen dem erklärten Wählerwillen der Anteil der Kommunistischen Partei und ihrer Sympathisanten an der Regierung in jeder Kabinettsumbildung gewachsen ist, bis zum 5. Kabinett Gonçalves, in dem keine andere Partei mehr vertreten ist. Die heutige Regierung vertritt allenfalls 18 % der Bevölkerung. Es ist schwer, sich vorzustellen, dass eine solche Minderheitsregierung in der Lage ist, das Land aus seinen akuten Schwierigkeiten einschliesslich einer schweren Wirtschaftskrise herauszuführen.

Ich habe mich für Wirtschaftshilfe eingesetzt. Die Europäische Gemeinschaft hat sich seit dem vorigen Frühjahr viel Zeit gelassen. Das zeugt weder von politischem Weitblick noch von bürokratischer Effizienz. Allerdings ist es absurd, wenn in kommunistischen Blättern der Vorwurf der Wirtschaftsblockade erhoben wird. Investitionen erfordern Rechtssicherheit. Völlig

/2

REDAKTION: LOTHAR SCHWARTZ ● HERAUSGEBER: HOLGER BÖRNER